

**Heidrun Kisters**, Friedensinitiative Hunsrück, Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V.

## **Rede am 02.02.2024** **Kundgebung für Toleranz, Menschenrechte und Demokratie**

Ich stehe hier als eine Vertreterin der außerparlamentarischen Bewegung. Mein Zuhause ist seit den 80er Jahren die Friedensbewegung und ich engagiere mich in verschiedenen Netzwerken, wie z.B. ATTAC und dem Frauenforum. Das Frauenforum ist seit fast 30 Jahren ein Netzwerk von Frauen aus vielfältigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, Beratungsstellen, Kirchen und allen demokratischen Parteien.

Vor fast zwei Jahren haben wir gemeinsam die Kampagne „Solidarisches Miteinander im Rhein-Hunsrück-Kreis“ ins Leben gerufen. Wir wollen damit dazu beitragen in Zeiten vieler aktueller Krisen unser Zusammenleben vielfältig, bunt und solidarisch zu gestalten

Warum sind wir heute hier?

Was durch die Recherche von Correct deutlich geworden ist, ist im Grunde nicht neu. Verschiedene AfD Politiker und Politikerinnen haben ähnlich menschenverachtende Ideen ja schon geäußert.

Wenn Pläne über millionenfache Deportation von hier lebenden Menschen bei einem Geheimgespräch mit Beteiligung der AfD – und nebenbei auch der Werteunion - und auch Mitgliedern der CDU – geschmiedet werden, dann ist das eben nicht Privatsache, Frau Weidel.

Wenn der Bundestagsabgeordnete der AfD Stefan Keuter, der Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist, ein Bild postet, auf dem er einen Soldaten mit einem Maschinengewehr zeigt und darunter schreibt: *„Das schnellste deutsche Asylverfahren, lehnt bis zu 1400 Anträge in der Minute ab!“* ... dann fällt das eben nicht mehr in die Kategorie „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“. Sondern dann ist das widerwärtig und kriminell. Dann ist das ein Fall für den Verfassungsschutz.

Ein solches Denken und solche Phantasien werden wir mit den Demonstrationen nicht verhindern können. Aber wir können verhindern dass ein solches Denken an die Macht kommt.

Wir haben in der Geschichte unseres Landes schon einmal erlebt, dass der Staat in Hände von Faschisten gefallen ist, die die staatlichen Institutionen dafür missbraucht haben, millionenfach Menschen zu entrechten, zu deportieren und zu ermorden. Das dürfen wir nie vergessen. Und das ist der Grund, warum die Menschen jetzt hunderttausenfach auf die Straße gehen. Und wir fühlen uns verbunden mit den Menschen in ganz Europa und in Amerika, die für den Erhalt der Demokratie und für eine weltoffene Gesellschaft auf die Straße gehen.

Menschenwürde und Menschenrechte - das ist der Boden, auf dem wir alle zusammenleben. Und daran muss sich staatliches Handeln orientieren, damit wir überleben können. Alle Parteien sind daran zu messen und zu kritisieren, wenn sie hier nachlassen - was leider oft genug geschieht -. Hier sind wir als wachsame und kritische Bürgerinnen und Bürger gefragt. Deswegen stehen wir hier.

Wenn die AfD sich jetzt als Opfer hinstellt, und beklagt, die Proteste gegen sie seien von der Regierung initialisiert, dann irrt sie. Wir stehen hier als breite Zivilgesellschaft um deutlich zu machen, dass die AfD zunehmend den Boden der Werte verlässt die uns alle verbinden.

Werte, auf die wir uns als Bürgerinnen und Bürger verlassen können müssen: Menschenwürde und Menschenrechte  
Diese Werte sind unumstößlich in unserer Verfassung verbrieft und gelten explizit für **alle** Menschen:

In Artikel 1 unseres Grundgesetzes heißt es in den Paragraphen 1 und 2:

*Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*

und

*Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.*

Und in Artikel 3:

*(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*

*(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. ...*

*(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.*

Die Demokratinnen und Demokraten, die jetzt noch in der AfD sind – sofern noch welche drin sind - oder ihr nahestehen, rufen wir auf, sich nicht weiter missbrauchen zu lassen für menschenverachtende Konzepte.

Bei aller berechtigter Kritik, Frustration, Unzufriedenheit und Ängsten. Rassistische Hetzen und Lügen haben keine Lösungen für unsere wirklichen Probleme. Sie missbrauchen diese nur für ihre menschenverachtende Ideologie. **Damit sind sie ein Teil des Problems, aber keinesfalls deren Lösung.**

Immer wieder versuchen rechtsextreme Kräfte Proteste und Bewegungen zu unterwandern. Das haben wir auch in der Friedensbewegung erlebt und erleben es immer wieder. Wir weisen dies ausdrücklich zurück. Wir begrüßen sehr, dass sich auch der Hunsrücker Bauernverband ganz klar von den Vereinnahmungsversuchen distanziert. Und wir hoffen, dass sich **alle** Landwirte, die sich mit ihren berechtigten Sorgen an die Bundesregierung und die EU wenden dahinter stellen.

Wir rufen alle Verantwortlichen auf, ihre Politik so auszurichten, dass sie den wirklichen Herausforderungen gerecht werden. Dass sie sich eben nicht von der AfD jagen lassen. Dass sie die Menschenrechte nicht gefährden und die Menschlichkeit nicht verlieren, die eben nicht an der deutschen Grenz aufhört - und auch nicht an der europäischen. Dass sie dieses Land in eine sozial gerechte, solidarische und überlebensfähige Zukunft führen.

Und nicht nur die Parteien, Politikerinnen und Politiker. Auch wir, als Zivilgesellschaft, sind gefordert. Demokratie ist keine Party, wo man mal gerade hinget, und sie ist auch kein Konsumgut.

**Demokratie müssen wir mitgestalten, wenn wir sie erhalten wollen!**

Aber Demokratie, Versöhnung, Toleranz und Engagement muss man **lernen**. Ganz wichtig: in den Schulen. Und auch in der Erwachsenenbildung. An der Bildung darf nicht gespart werden. Dazu braucht es auch demokratiebildende Projekte aus der Zivilgesellschaft. Diese müssen mit

öffentlichen Mitteln gestärkt werden anstatt durch Sparmaßnahmen immer mehr auszubluten.

Ich wünsche mir, dass wir uns durch diese und weitere solcher Veranstaltungen gegenseitig stärken. Und dass dieser Ruck in der Zivilbevölkerung dazu führt, dass immer mehr Menschen Farbe bekennen, sei es auf der Straße, in der Kneipe, beim Sport und wo immer wir uns bewegen und uns Rassismus, Hetze und Ausgrenzung begegnen.

Sorgen wir dafür, dass Netzwerke der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, NGOs, Verbände, und Vereine gestärkt werden, die sich mit demokratiebildenden Projekten und Prozessen befassen.

Bei aller Unterschiedlichkeit – auch in politischer Ausrichtung – lasst uns darüber streiten – ja, wir werden noch viel streiten müssen - aber lasst uns gleichzeitig wie hier weiterhin zusammenstehen um für die Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde zu kämpfen.

**Nie wieder Faschismus!**

Vielen Dank!!!